



Warum die  
Arbeitslosigkeit  
in Europa nicht  
überall sinkt.

Oktober 2016

**ANALYSEN**

BANK AUSTRIA  
ECONOMICS &  
MARKET ANALYSIS  
AUSTRIA

## Zusammenfassung

Seit 2013 verbessert sich die Lage am europäischen Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist von bis zu 11 Prozent auf nur noch 8 ½ Prozent saisonbereinigt Mitte 2016 gesunken.

Der positive Trend am Arbeitsmarkt fällt in den einzelnen EU-Mitgliedsländern sehr unterschiedlich aus, in einigen Ländern ist er gar nicht zu beobachten. Das liegt zum einen an einer sehr unterschiedlichen Konjunktur. Zum anderen ist eine stark abweichende Entwicklung des Arbeitskräfteangebots<sup>1</sup> in den Ländern dafür maßgeblich.

Unsere Aufteilung der Veränderung der Arbeitslosenquote seit 2013 in eine Konjunktur- und eine Angebotskomponente zeigt für fast alle EU-Mitgliedsländer einen positiven Einfluss der Konjunktur auf den Arbeitsmarkt. Der Angebotseffekt fällt dagegen uneinheitlich aus. In vielen süd- und osteuropäischen Mitgliedsländern hat er den positiven Konjunkturreffekt unterstützt, während er in einigen west- und nordeuropäischen Ländern den zumeist positiven Konjunkturreffekt (teilweise) konterkariert hat.

**Autoren: Stefan Bruckbauer  
Walter Pudschedl**

Impressum  
Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:  
UniCredit Bank Austria AG  
Economics & Market Analysis Austria  
Schottengasse 6-8  
1010 Wien  
Telefon +43 (0)50505-41951  
Fax +43 (0)50505-41050  
e-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: Oktober 2016

---

<sup>1</sup> Die vorliegende Publikation stellt rein deskriptiv die Veränderung des Arbeitskräfteangebots in den EU-Mitgliedsländern dar und enthält keine Diskussion über Auswirkungen von Migration. Weder die positive oder negative Veränderung des Potenzialwachstums durch Zu- oder Abwanderung noch mögliche Verdrängungs- oder Entlastungseffekte am Arbeitsmarkt in den einzelnen Ländern werden thematisiert.

# Warum die Arbeitslosigkeit in Europa nicht überall sinkt

## 1. Arbeitsmarkt in Europa entspannt sich, aber nicht überall

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa infolge der Finanzkrise und der Staatsschuldenkrise erreichte 2013 seinen Höhepunkt. Von durchschnittlich 7 Prozent im Jahr 2008 war die Arbeitslosenquote in der EU-28 auf 10,8 Prozent im Jahresdurchschnitt 2013 geklettert. Im zweiten Quartal 2013 hat sich die Lage am europäischen Arbeitsmarkt zu entspannen begonnen. Bis 2015 ist die Arbeitslosenquote in der EU-28 um immerhin fast 1 ½ Prozentpunkte auf 9,4 Prozent im Jahresdurchschnitt gesunken. Der rückläufige Trend setzte sich im ersten Halbjahr 2016 weiter fort. In den ersten sechs Monaten 2016 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Europäischen Union 8,7 Prozent.

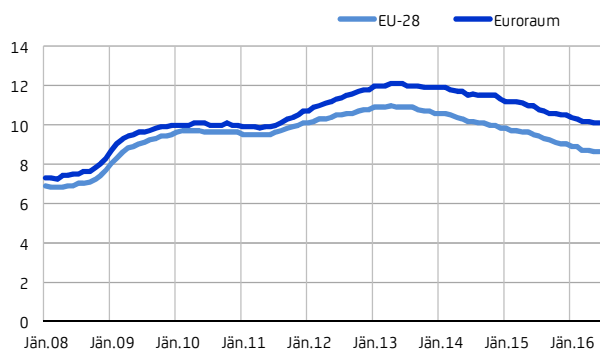
Hinter der Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in der EU steht jedoch eine sehr unterschiedliche Entwicklung auf den Arbeitsmärkten der einzelnen Länder seit Beginn der Konjunkturerholung in Europa.<sup>2</sup> In den fünf Ländern Belgien, Finnland, Frankreich, Luxemburg und Österreich lagen die nationalen Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2015 sogar über dem jeweiligen Vergleichswert von 2013. Der Anstieg bewegt sich dabei in einer sehr unterschiedlichen Bandbreite von nur 0,1 Prozentpunkten (Belgien) bis zu beachtlichen 1,2 Prozentpunkten in Finnland. In Österreich ist der Anstieg von 5,4 auf 5,7 Prozent in diesem Zeitraum überschaubar.

Österreich zählt mit Luxemburg und Finnland zu jenen drei Ländern, die auch in der ersten Jahreshälfte 2016, eine höhere Arbeitslosenquote als im Vergleichszeitraum 2013 aufweisen (siehe Grafik 2).

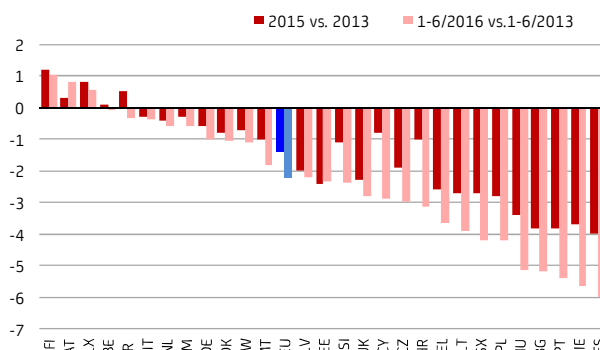
Während in Belgien und Frankreich mittlerweile eine rückläufige Entwicklung der Arbeitslosenquote eingesetzt hat und sich auch in Luxemburg und Finnland in der ersten Jahreshälfte 2016 der Aufwärtstrend zumindest etwas abgeschwächt hat, ist in Österreich der Abstand mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote um fast 1 Prozentpunkt in diesem Zeitraum sogar noch spürbar größer geworden.

Dem gegenüber hat sich die Arbeitslosenquote in einigen EU-Ländern überdurchschnittlich stark verbessert. Zum einen in jenen Ländern, die vor dem Beginn der Erholung in Europa besonders

G1: Arbeitslosenquote (in %, saisonbereinigt)



G2: Arbeitslosenquote (Differenz in PP)



Quelle: Eurostat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

<sup>2</sup> Siehe auch: „Draft Joint Employment Report“, European Commission & Council of the European Union, Brüssel 2016.

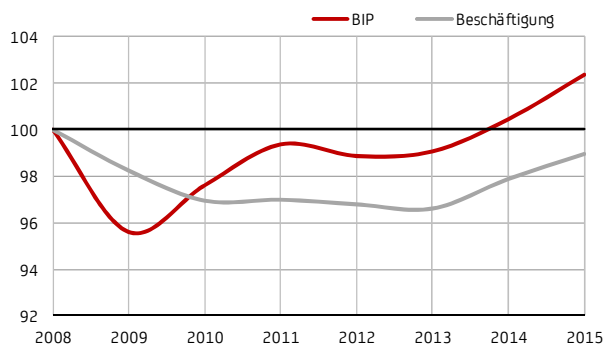
stark unter der Wirtschaftskrise gelitten hatten, wie etwa Spanien, Irland, Portugal und Griechenland. Zum anderen auch in vielen osteuropäischen Mitgliedsstaaten, wie unter anderem in Bulgarien und der Slowakei.

## 2. Unterschiedliche Konjunkturdynamik ...

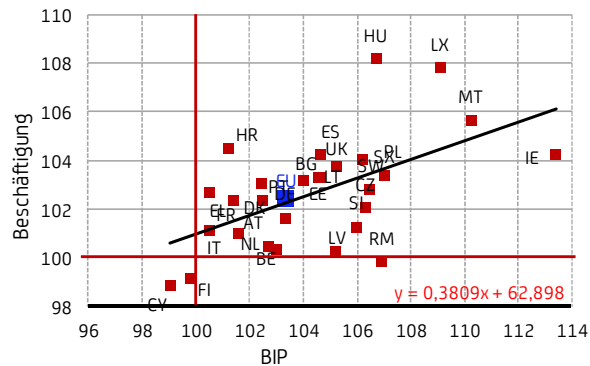
Die Verbesserung der Lage am europäischen Arbeitsmarkt ist der anhaltenden Erholung der Konjunktur zu verdanken.<sup>3</sup> Seit dem zweiten Quartal 2013 befindet sich die europäische Wirtschaft in einem moderaten Aufwärtstrend. Die Wirtschaftsleistung lag 2015 im Durchschnitt der EU-28 um 3,3 Prozent real über dem Jahr 2013. Die Beschäftigtenzahl ist im gleichen Zeitraum um 2,4 Prozent gestiegen. Während die reale Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau übersteigt, liegt das Beschäftigtenniveau noch unter dem Wert aus 2008 (siehe Grafik 3).

In fast allen Ländern der EU war die Konjunkturerholung spürbar, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Zwischen dem Anstieg des BIP in den einzelnen Ländern und der Veränderung der Beschäftigung besteht ein positiver Zusammenhang (siehe Grafik 4). Je stärker das Wirtschaftswachstum im betrachteten Zeitraum war, umso stärker ist im Regelfall die Beschäftigung in den einzelnen Ländern gestiegen. Die fünf Länder, die keinen Rückgang der Arbeitslosenquote seit 2013 verzeichnen können, weisen - mit Ausnahme von Luxemburg - eine nur unterdurchschnittlich starke Wirtschaftsentwicklung und damit zusammenhängend eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsdynamik auf.

G3: BIP und Beschäftigung in EU-28 (2008=100)



G4: BIP und Beschäftigung (2013=100)



Quelle: Eurostat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Die unterschiedliche Konjunkturerholung in den einzelnen Ländern der Europäischen Union erklärt damit die unterschiedlichen Trends auf den nationalen Arbeitsmärkten seit 2013, allerdings nur zum Teil. In der Grafik 5 zeigt sich, dass zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Rückgang der Arbeitslosenquote ebenfalls ein klarer Zusammenhang besteht, dieser jedoch, wie an der Steigung der Regressionsgeraden ablesbar, geringer ist als der Zusammenhang zwischen BIP-Anstieg und Beschäftigungsveränderung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Ländern der EU bei steigendem BIP ist somit geringer ausgefallen als der Anstieg der Beschäftigung.

Im Einzelfall lässt sich dies am deutlichsten an der Entwicklung in Luxemburg erkennen, das einen der günstigsten Wachstums- und Beschäftigungstrends aller EU-Länder aufweist und dennoch eine steigende Arbeitslosigkeit verzeichnet sowie daran, dass einige Länder, wie etwa

<sup>3</sup> Alfonso Alpaia et al., „Labour Market and Wage Developments in Europe 2015“, European Commission, DG for Employment, Social Affairs and Inclusion, Brüssel 2015.

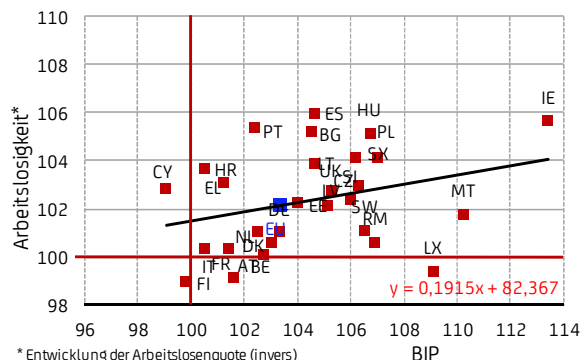
Italien, die Niederlande, Zypern und Dänemark, trotz einer relativ schwachen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung zwischen 2013 und 2015 einen Rückgang der Arbeitslosenquote verzeichneten.

### 3. ... und stark differierende Trends beim Arbeitskräfteangebot

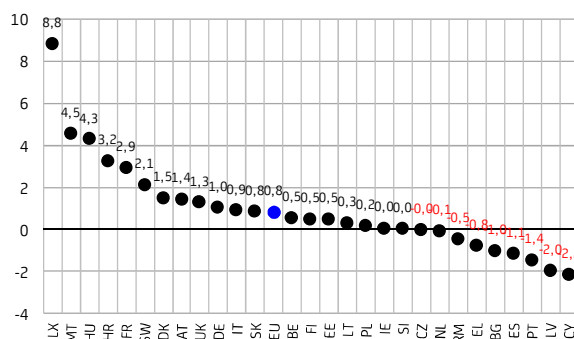
Neben der Konjunktur war im betrachteten Zeitraum auch die Veränderung des Arbeitskräfteangebots für die Entwicklung der Arbeitslosenquote ausschlaggebend. In der EU-28 ist zwischen 2013 und 2015 das Arbeitskräfteangebot (Anzahl der Beschäftigten und Arbeitssuchenden) um 0,8 Prozent bzw. fast zwei Millionen gestiegen (siehe Grafik 6). Dies ist vorwiegend auf eine wachsende inländische Erwerbsbevölkerung zurückzuführen und nur zu einem geringem Teil auf die Zuwanderung von Arbeitskräften von außerhalb der EU.

Die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots unterscheidet sich in den einzelnen Ländern der Europäischen Union sehr stark voneinander. In 12 der 28 Länder hat zwischen 2013 und 2015 das Arbeitskräfteangebot überdurchschnittlich stark zugenommen. In Luxemburg, das Land mit dem stärksten Anstieg der Arbeitslosenquote, war auch der Anstieg des Arbeitskräfteangebots mit fast 9 Prozent am stärksten. Frankreich und Österreich zählen ebenfalls zu den Ländern mit einem überdurchschnittlich starken Plus und auch in Belgien und Finnland hat das Arbeitskräfteangebot im betreffenden Zeitraum zugenommen.

G5: BIP und Arbeitslosenquote (2013=100)



G6: Arbeitskräfteangebot (Veränderung in % 2015/13)



Quelle: Eurostat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

In neun Ländern sank das Arbeitskräfteangebot hingegen. Dazu gehören vor allem einige südeuropäische Länder, wie Spanien, Portugal und Zypern, wo es aufgrund der Wirtschaftskrise zur Abwanderung von Arbeitskräften kam sowie osteuropäische Länder, wo auch aufgrund struktureller Faktoren, wie hoher Lohndifferenziale zu anderen EU-Ländern und geringer Beschäftigungsmöglichkeiten, das Arbeitskräfteangebot abgenommen hat.

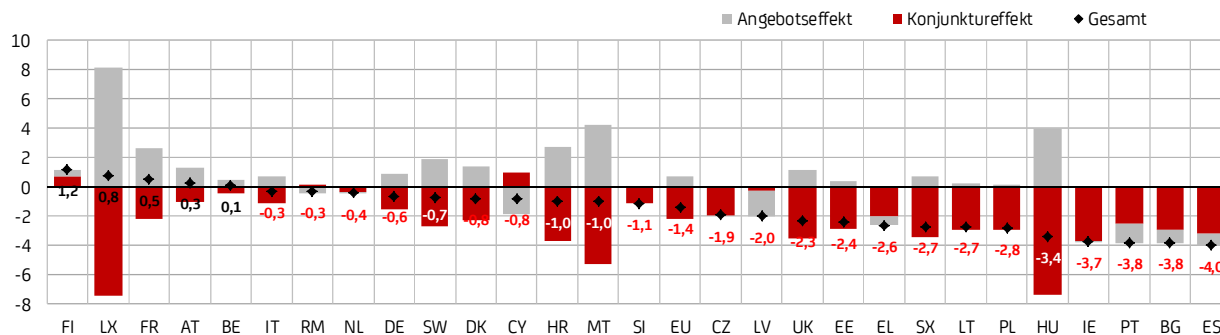
Die Entwicklung der Arbeitslosenquote zwischen 2013 und 2015 war in den EU-Ländern in unterschiedlichem Ausmaß von der Konjunktur und dem Angebot am Arbeitsmarkt bestimmt. Durch eine Simulation, die unterstellt, dass eine (konjunkturrel bedingte) Veränderung der Beschäftigung sich aufgrund eines starren Arbeitskräfteangebots 1:1 in einer Zu- bzw. Abnahme der Anzahl an Arbeitssuchenden auswirkt, haben wir die Veränderung der Arbeitslosenquote in eine Konjunktur- und eine Angebotskomponente zerlegt.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> In der Berechnung des Angebotseffekts unterstellen wir vereinfachend, dass sich die tatsächlich gemessene Veränderung der Beschäftigung zwischen 2013 und 2015 in exakt dem gleichen Ausmaß in einer gegenläufigen Veränderung der Anzahl an Arbeitssuchenden niedergeschlagen hat. Im Vergleich der tatsächlichen Arbeitslosenquote für 2015 mit der auf Basis dieser simulierten Anzahl an Arbeitssuchenden errechneten Arbeitslosenquote (bei gleicher Beschäftigtenzahl) ergibt sich der von uns berechnete Angebotseffekt. Der Konjunkturreffekt ergibt sich durch Abzug des Angebotseffekts von der tatsächlichen Veränderung der Arbeitslosenquote zwischen 2013 und 2015.

Dabei zeigt sich, dass in 25 der 28 EU-Länder die Konjunkturerholung positiv auf den Arbeitsmarkt gewirkt hat und zu einer Verringerung der Arbeitslosenquote beigetragen hat. Nur in drei europäischen Ländern war die Konjunktur zu schwach, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Dabei handelt es sich um Zypern, Rumänien und Finnland. In Zypern und Rumänien sank durch einen zum Teil starken Rückgang des Arbeitskräfteangebots dennoch die Arbeitslosenquote. Auch in weiteren sieben Ländern begünstigte der Angebotseffekt die Lage am Arbeitsmarkt.

In Finnland nahm dagegen das Arbeitskräfteangebot zu und war für rund 40 Prozent des Anstiegs der Arbeitslosenquote verantwortlich. In den übrigen vier Ländern der EU, die eine höhere Arbeitslosenquote als 2013 aufweisen, dämpfte die Konjunktur zwar den Auftrieb der Arbeitslosigkeit. Der positive Effekt war jedoch nicht stark genug, um die Belastung durch den Zuwachs des Arbeitskräfteangebots vollständig kompensieren zu können. Bei starrem Arbeitskräfteangebot wäre in Luxemburg durch die Konjunkturverbesserung sogar ein Arbeitskräftemangel gegeben. Im Falle von Belgien läge die Arbeitslosenquote 2015 um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert aus 2013 bei 8 Prozent (tatsächlich 8,5 Prozent), für Frankreich um sogar 2,1 Prozentpunkte tiefer bei 7,8 Prozent (tatsächlich 10,4 Prozent) und für Österreich um einen Prozentpunkt unter dem Wert von 2013 bei 4,4 Prozent (tatsächlich 5,7 Prozent).

G7: Veränderung der Arbeitslosenquote 2015 zu 2013, verteilt auf Konjunktur- und Angebotseffekt (in Prozentpunkten)



Quelle: Eurostat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, UniCredit Research

Der Anstieg des Arbeitskräfteangebots im EU-Durchschnitt betrug 0,8 Prozent bzw. fast 2 Millionen seit 2013. Dieser ist fast ausschließlich auf einen Zuwachs der inländischen Erwerbsbevölkerung in der EU-28 zurückzuführen und macht damit rund 95 Prozent des gesamten Plus aus. Neben dem Bevölkerungswachstum sind gestiegene Beschäftigungsquoten von Frauen und älteren Arbeitnehmern dafür verantwortlich.<sup>5</sup> Nur ca. 100.000 oder 5 Prozent des Anstiegs sind auf mehr ausländische Arbeitskräfte durch Zuwanderung von außerhalb der Europäischen Union zurückzuführen.

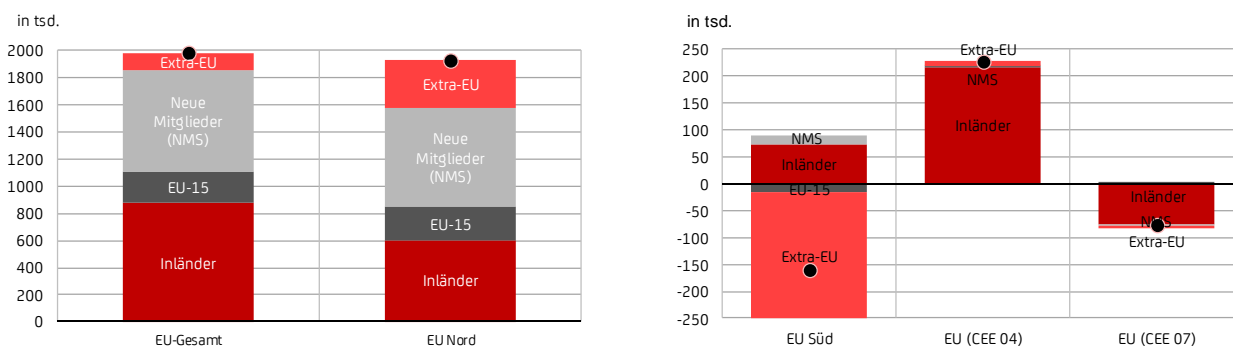
In den einzelnen Ländern der EU waren jedoch nicht nur sehr unterschiedliche Trends hinsichtlich der Entwicklung der inländischen Erwerbsbevölkerung und der Zu- bzw. Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte von außerhalb der EU auszumachen, sondern vor allem auch starke Wanderbewegungen von Arbeitskräften zwischen den einzelnen EU-Mitgliedsländern. Bedingt durch die vollständige Öffnung der Arbeitsmärkte für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsländern aus Osteuropa mit 1. Mai 2011 bzw. 1. Jänner 2014 (Bulgarien und Rumänien) hat sich die an sich in den vergangenen Jahren bereits stark gestiegene Mobilität der Arbeitnehmer in Europa zusätzlich erhöht.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> „Employment statistics“, Eurostat statistics explained, August 2015, [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Employment\\_statistics](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Employment_statistics)

<sup>6</sup> „Labour mobility and labour market adjustment in the EU“, Alfonso Arpaia, et al., Economic Papers 539, European Commission DG for Economic and Financial Affairs, Brüssel 2014

Abzüglich der Zuwanderung aus dem EU-Ausland ist das Arbeitskräftepotenzial in der EU seit 2013 um nicht ganz 1,9 Millionen gestiegen. Davon ist in den einzelnen EU-Ländern zusammengenommen ein Plus von rund 0,9 Mio. auf den Anstieg der nationalen Erwerbsbevölkerung zurückzuführen. Ein etwas größerer Zuwachs des Arbeitskräfteangebots um rund eine Million ist durch EU-Bürger verursacht, die außerhalb ihres jeweiligen Heimatlandes am Arbeitsmarkt zusätzlich aufgetreten sind. Rund ein Viertel dieser EU-Bürger stammt aus den alten Mitgliedsländern, der sogenannten EU-15. Die große Mehrheit von rund 75 Prozent sind EU-Bürger aus den neuen Mitgliedsstaaten.<sup>7</sup>

G8a/b: Anstieg des Arbeitskräfteangebots zwischen 2013 und 2015 nach Herkunftsregion

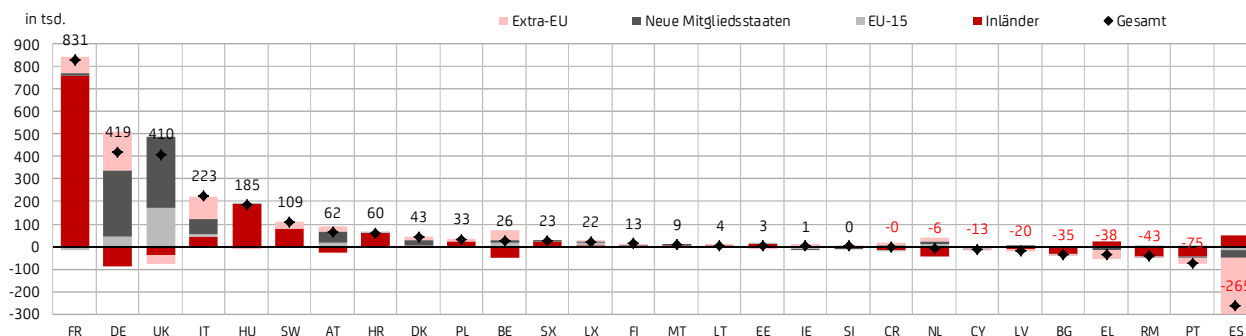


Quelle: Eurostat, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Die einzelnen Länder haben als Zuwanderungsziel aus anderen EU-Ländern sehr unterschiedliche Anziehungskraft. Insgesamt weist rund die Hälfte der EU-Länder eine positive Wanderbilanz bei Arbeitskräften aus EU-Ländern auf. In absoluten Zahlen liegen die großen Mitgliedsländer, das Vereinigte Königreich, Deutschland und Italien mit einem Zustrom von rund 450.000 bzw. 350.000 und 80.000 Arbeitskräften aus anderen EU-Staaten voran. Österreich folgt mit einem Plus von 70.000. In relativen Größen, also bezogen auf die Beschäftigtenanzahl, ist der Anstieg in Österreich mit 1,7 Prozent höher als im UK (1,6 Prozent), in Deutschland (0,8 Prozent) oder in Italien (0,3 Prozent). Innerhalb der EU wird der österreichische Wert nur von Luxemburg übertroffen (4,9 Prozent). Von den fünf Ländern mit einer steigenden Arbeitslosenquote seit 2013 hat sich in Luxemburg, Österreich, Belgien und Finnland das Arbeitskräfteangebot durch Zuwanderung aus anderen EU-Ländern erhöht. Nur in Frankreich ist der Anstieg des Arbeitskräfteangebots fast ausschließlich auf einen Zuwachs der inländischen Erwerbsbevölkerung zurückzuführen. Vom Anstieg des Arbeitskräfteangebots in der EU durch EU-Bürger aus anderen Ländern von rund 0,9 Millionen machen rund drei Viertel bzw. mehr als 700.000 im Zeitraum von 2013 bis 2015 Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedern aus. In Relation zum Beschäftigtenstand ist dabei der Zuwachs in Luxemburg mit 1,6 Prozent, vor Österreich mit 1,3 Prozent und dem Vereinigten Königreich mit 1,0 Prozent am stärksten gewesen. Alle fünf Länder, die in diesem Zeitraum eine steigende Arbeitslosenquote aufgewiesen haben, haben auch einen zumindest geringfügigen Zustrom von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedsstaaten zu verzeichnen.

<sup>7</sup> Die Zuwanderung von Arbeitskräften in die EU-15 aus den neuen EU-Mitgliedsländern ist damit bisher stärker ausgefallen als vor dem EU-Beitritt dieser Länder in Studien geschätzt worden ist. Zudem kam es aufgrund von Übergangsbestimmungen betreffend die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in einigen Ländern, wie Deutschland oder Österreich, zu einer Umorientierung mobiler Arbeitskräfte auf im Vorfeld nicht so attraktiv eingeschätzte Zielländer, wie etwa das Vereinigte Königreich. Siehe dazu: Walterskirchen Ewald et al., „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsforschungsinstitut im Auftrag der Bundesarbeitskammer, Wien 1998 und Alvarez-Plata Patricia, „Potential Migration from Central and Eastern Europe into the EU-15 – An Update“, Report for the European Commission DG Employment and Social Affairs, DIW, Berlin 2003

G9: Veränderung des Arbeitskräfteangebots zwischen 2013 und 2015 nach Herkunft



Quelle: Eurostat, Economics & Market Analysis Austria, UniCredit Research

4. Resümee

Die Konjunkturerholung in der EU hat seit dem Jahr 2013 eine positive Reaktion auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Die Arbeitslosenquote ist in fast allen Ländern rückläufig. Im Zeitraum von 2013 bis 2015 weisen nur fünf Länder einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf. Dazu zählen Luxemburg, Belgien, Frankreich, Finnland und Österreich.

Wenn auch die Konjunkturerholung in den meisten dieser Länder nur unterdurchschnittlich stark ausgefallen ist, erklärt dies nicht ausreichend die vergleichsweise ungünstige Entwicklung der Arbeitslosenquote. Der Anstieg der Arbeitslosenquote in diesen Ländern ist - ausgenommen Finnland - vorwiegend durch eine kräftige Zunahme des Arbeitskräfteangebots verursacht worden und war zu stark, um von der positiven Effekten der Konjunkturerholung aufgefangen werden zu können.

In insgesamt neun Ländern der Union hat sich dagegen ein Rückgang des Arbeitskräfteangebots ergeben, der zu einer Entspannung der Arbeitsmarktlage über die zumeist verbesserte Konjunktur hinaus, beitragen konnte. Der stärkste positive Effekt durch eine Verschiebung des Arbeitskräfteangebots wurde dabei in Zypern und in Lettland erzielt.

Insgesamt zeigt sich, dass das Arbeitskräfteangebot vor allem in den west- und nordeuropäischen Ländern gestiegen ist, was vordringlich auf den Zustrom von EU-Bürgern aus den neuen Mitgliedsstaaten zurückzuführen ist. Dagegen ist in den meisten süd- und osteuropäischen<sup>8</sup> Ländern das Arbeitskräfteangebot zum Teil deutlich zurückgegangen. In den fünf betrachteten Ländern mit höherer Arbeitslosenquote als im Jahr 2013 ist der Anstieg des Arbeitskräfteangebots - ausgenommen Frankreich - durch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen Ländern, zumeist andere EU-Länder verursacht und nicht durch eine Zunahme der inländischen Erwerbsbevölkerung. Insbesondere Luxemburg und Österreich sind von diesen Ländern dadurch besonders stark betroffen.

<sup>8</sup> Siehe dazu: Lubomir Mitov et al., "CEE potential growth constrained by human capital", Economics Thinking No. 15, UniCredit Research, 2016.



#### Zum Weiterlesen:

**Wirtschaft Online:** Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

**Bank Austria Homepage:** Alles Informationsangebote der Abteilung Economics & Market Analysis Austria unter <http://economicresearch.bankaustria.at>

**Bank Austria Economic News:** Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Registrieren Sie sich bitte unter [https://nlreq.bankaustria.at/reg\\_econews\\_d.htm](https://nlreq.bankaustria.at/reg_econews_d.htm):

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter [econresearch.austria@unicreditgroup.at](mailto:econresearch.austria@unicreditgroup.at).

#### Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

#### Impressum:

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

##### **Herausgeber und Medieninhaber:**

UniCredit Bank Austria AG

1010 Wien, Schottengasse 6 – 8

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

##### **Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:**

Robert Zadrazil (Vorsitzender des Vorstandes), Rome Collina (stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes), Dieter Hengl, Gregor Hofstätter-Pobst, Jürgen Kullnigg, Doris Tomanek.

##### **Aufsichtsrat des Medieninhabers:**

Erich Hampel (Vorsitzender des Aufsichtsrates), Massimiliano Fossati, Alfred Fürler, Olivier Nessime Khayat, Adolf Lehner, Alfredo Meocci, Marina Natale, Vittorio Ogliengo, Gianni Franco Papa, Mario Pramendorfer, Karl Samstag, Eveline Steinberger-Kern, Ernst Theimer, Barbara Titze, Wolfgang Trumler, Barbara Wiedernig.

##### **Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:**

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,995% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link

<https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html>

sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie

die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,005% am Medieninhaber beteiligt.